

# «Ich will starke Gemeinden»

Der designierte Grossratspräsident Christoph Stalder über die wahren Kosten der Zweisprachigkeit, den überschätzten Identitätsverlust bei Gemeindefusionen und sein Ferienhaus in Twann

INTERVIEW: THEO MARTIN

**Sie sind Vertreter einer urbanen Schweiz. Was fasziniert Sie an Twann?**

Das hat einen familiären Hintergrund. Meine Frau ist Bielerin. Vor über 25 Jahren hat sich die Gelegenheit ergeben, ein kleines Haus zu kaufen – nicht am See, aber direkt bei den Reben. Ich wohne und arbeite zwar seit 30 Jahren in Bern, bin aber in Fraubrunnen aufgewachsen und habe viel im elterlichen Maler- und Gipsergeschäft geholfen.

**Twann möchte einen Umfahrungstunnel, der 140 Mio. Franken kostet. Ist der «Twanner» Christoph Stalder dafür und der FDP-Politiker dagegen?**

Twann – und auch Tüscherz – sind vom Verkehr sehr stark betroffen, vor allem auch seit die Autobahn bis vor die Tore Biels führt. Zudem ist Twann verhandelt worden. Wenn man da – mit gütiger Mithilfe des Bundes – etwas bewirken kann, ist das eine gute Lösung.

**Sie treten Ihr Amt als Grossratspräsident am 1. Juni an. Was ändert dann im Parlament?**

Man darf den Einfluss des Grossratspräsidenten nicht überschätzen. Es ist wichtig, dass die Ratsmitglieder vom Präsidenten nicht viel spüren, weil der Betrieb geordnet läuft. Der Grossratspräsident hat aber eine zweite Aufgabe, nämlich den Kanton und die Behörden gegen aussen zu vertreten – dass dies jeder Präsident auf seinen Art tut, liegt in der Natur der Sache.

**Wie gut kennen denn Sie den Kanton Bern?**

Ich bin als kleiner Bub mit der Geographie des Kantons Bern aufgewachsen. Die Berner Karte der älteren Geschwister habe ich regelrecht verschlungen.

**Was hat das verkleinerte Parlament Ihrer Meinung nach bewirkt?**

An der Diskussionskultur und -fülle hat nichts geändert. Im Gegenteil, da es insgesamt eine Fraktion mehr gibt. Ich glaube, dass die Arbeitslast für jedes Ratsmitglied höher ist, weil in der Vorbereitung der Geschäfte die Last auf weniger Schultern verteilt wird. Noch stärker spüre ich aber, dass es seit den letzten

**«Der Präsident existiert politisch nicht mehr»**

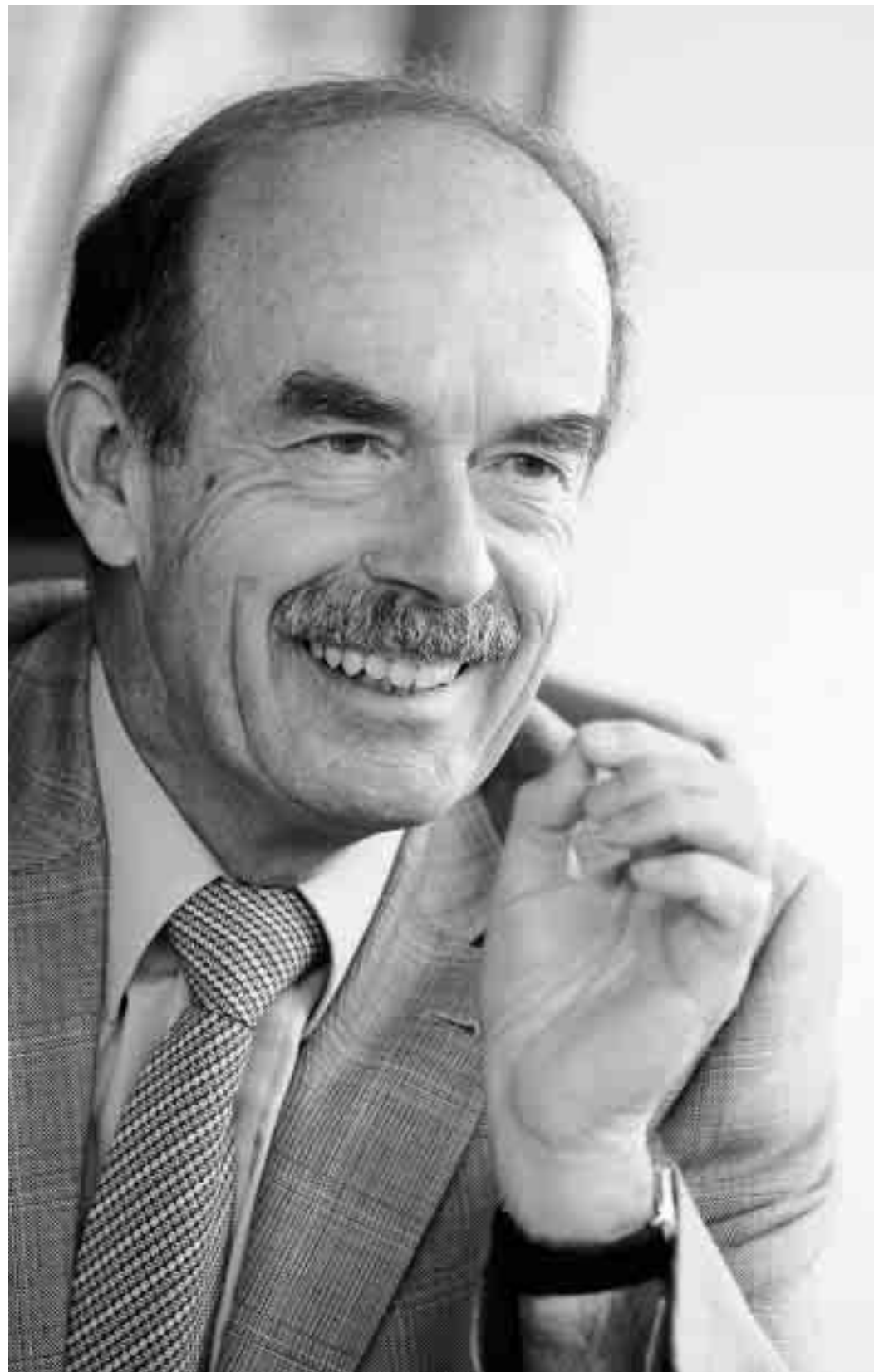
Wahlen keine klaren Mehrheiten mehr gibt. Nun wird um jede einzelne Stimme und um die Anwesenheit jedes Ratsmitglieds gerungen. Das zeigt sich besonders bei umstrittenen Geschäften wie Steuerreform, Schuldenbremse, bei ökologischen Projekten und Energiefragen.

**Zuletzt war aber eine extreme Blockbildung festzustellen.**

Es gab Traktanden, die blockmässig abgestimmt wurden. Es werden aber auch wieder Themen mit wechselnden Mehrheiten auftauchen, so wie dies zuletzt bei der Bezirksreform der Fall war.

**Wäre es nicht Ihre Aufgabe, gemeinsame Lösungen anzustreben, damit der Kanton dank einem Konsens effizienter wird?**

Der Präsident kann und darf auf die politische Arbeit nicht Einfluss nehmen. Vor einem Jahr habe ich meiner Fraktion gesagt, dass ich politisch nicht mehr existiere. Der Präsident stimmt



«Ohne Musik verarmt unsere Gesellschaft», sagt der künftige Grossratspräsident. Christoph Stalder plädiert dafür, sich nicht allein auf rationale Tätigkeiten zu konzentrieren. Bild: Olivier Gresset

nicht ab – was ihn nicht hindert, im Vorfeld der Debatte darauf hinzuwirken, dass sich die Fraktionen in den Kommissionen besser austauschen.

**Sie kämpften an vorderster Front für die Bezirksreform. Müsste nun auch die Zahl der Kantone schrumpfen?**

Wir haben Renovationsbedarf. Aber das ist ein sehr heisses Eisen, welches das Staatsverständnis der Schweizer noch mehr tangiert als die Struktur des Kantons. Es kann nicht mehr sein, dass es 26 verschiedene Lösungen gibt und es kann nicht sein, dass im Gesundheitssektor oder in der Bildung ein solches Durcheinander herrscht, das die Schweiz als Ganzes schwächt.

**Die Kantone streben Konkordatslösungen an. Reicht das?**

Wir wollen keinen Zentralstaat. Die Schweiz soll ein föderalistischer Staat bleiben, darf aber nicht in überholten Strukturen verharren. Lengnau und Grenchen müssen eng zusammenarbeiten. Ein Oberaargauer soll nicht in die Psychiatrie nach Münsingen eingewiesen werden, sondern vier Kilometer ostwärts nach St. Urban.

**Sie haben schon 2001 die Fusion der Kernstadt Bern mit neun Regionalgemeinden vorgeschlagen.**



## Christoph Stalder

- Geboren am 25. Juni 1944, verheiratet mit Anna Maria Nefel, zwei Töchter
- Hobbys: Theater, Weinbau, Langlauf (20 Teilnahmen am Engadiner), Sudoku
- Studien in Bern und Washington D.C., Dissertation mit einer Arbeit über die Meinungsäusserungsfreiheit im Verhältnis zu den anderen Grundrechten
- Lehr- und Wanderjahre am Obergericht, in Washington, bei der kantonalen Justizdirektion und als Gerichtsschreiber am Bundesgericht
- Seit 1977 bei der Schweizerischen Mobiliar in Bern. Heute Mitglied der Direktion und Leiter Public Affairs
- Berner Stadtrat 1994 bis 2002, seit 2002 FDP-Grossrat, 2007/08 Grossratspräsident. (tm)

**Was haben Sie gegen die Gemeindefusionen?**

Ich bin der vollen Überzeugung, dass die heutigen Gemeindefusionen der sozialen, wirtschaftlichen, entwicklungs- und verkehrspolitischen Realität nicht mehr entsprechen. Das gilt nicht nur für Bern und seine Vororte – es gilt auch für andere Zentren und Subzentren. Wir haben Strukturen, die wir nicht mehr finanzieren können und wir haben zunehmend Mühe, geeignetes Personal zu finden. Ich will starke und professionell geführte Gemeinden – nur so können sie ihre Aufgaben auch wirksam erfüllen.

**Ihnen wurde vorgeworfen, sie wollten die Gemeindeautonomie abschaffen...**

... weshalb ich heute glaube, dass die Einsicht für Gemeindefusionen von unten her wachsen muss. Zudem kann der Kanton mit noch etwas mehr Überzeugungskraft und Hilfe – um nicht zu sagen Druck – den Prozess unterstützen. Wenn Schule, Sozialwesen, Feuerwehr, Abfallwesen und Informatik einmal zusammengelagert sind, kommt der Moment, in dem sich viele fragen, ob man sich nicht ganz zusammenschliessen wolle.

**Viele akzeptieren den Identitätsverlust nicht.**

Bümpliz ist 1918 von Bern eingemeindet worden – und die Bümplizer fühlen sich immer noch als Bümplizer. Man sieht es manchmal bei Wahlen und Abstimmungen. Ligerz hat im Moment noch etwas mehr Mühe mit dem Gedanken einer Fusion mit Twann und Tüscherz-Alfermée. Man sagt deshalb oft, der Prozess dauere eine ganze Generation. Die Identität, wo man hingehört, leidet aber nicht – auch wenn ich zugebe, dass eines der grössten Probleme bei einer Fusion der Name der neuen Gemeinde ist. Im Kanton Bern gibt es immer noch Kleinstgemeinden mit weniger als 100 Einwohnern. Man darf nicht meinen, dass grössere Gemeinden zu einem Verwaltungsmoloch führen, im Gegenteil.

**Träumt also der Lysser Gemeindepräsident Hermann Moser zu Recht von einer Grossgemeinde zwischen Biel und Bern?**

Ich begreife ihn, gerade wenn man sich die wirtschaftliche Entwicklung der Region betrachtet. Die Kräfte zu bündeln bedeutet, der Gegend ein grösseres Gewicht zu geben. Davon könnten auch ländlichere Gemeinden wie Grossaffoltern und Kappelen profitieren – genauso wie der ganze Kanton von der Führung und der wirtschaftlichen Potenz des Grossraums Bern profitiert.

**Braucht es denn die Gemeinden überhaupt noch? Sie können heute nur noch über einen sehr kleinen Teil ihres Budgets frei entscheiden.**

Es braucht sie schon noch, aber nicht mehr so viele wie heute. Vielleicht könnte der Zusammenschluss zu schlagkräftigeren Einheiten dazu führen, so dass sie wieder mehr Einfluss haben.

**Sie setzen auch persönlich auf Zusammenarbeit und haben bei den letzten Grossratswahlen gemeinsam mit der jungen Stadtbürgerin Sandra Wyss Wahlkampf gemacht. War das mehr als ein Gag?**

Bei der Verkleinerung des Parlaments musste jemand, der wiedergewählt werden wollte, schon sehr aktiv sein. Für mich ist es eine positive Erfahrung gewesen, nicht nur für mich selber zu kämpfen. Wir haben viel voneinander gelernt und tauschen unsere Erfahrungen von Zeit zu Zeit immer noch aus.

**Ein Lieblingsthema von Ihnen ist die «voreilige Einführung der Rechtschreibreform im Kanton Bern», die sie mit einer Motion gestoppt haben. Wieso wehren Sie sich gegen diese Erneuerung?**

Meine Motivation ist die Liebe zur Sprache. Auch wenn ich beruflich Jurist bin, ändert das nichts daran, dass ich auf eine gute, gepflegte, reiche und klare Sprache Wert lege. Insbesondere durch die Lektüre der «Schweizerischen Monatshefte» habe ich mich mit der Frage vertieft befasst und gemerkt, dass das, was in den Neunzigerjahren vorbe-

**«Die Gemeinden haben Strukturen, die sie nicht mehr finanzieren können»**

reitet wurde, nicht der richtige Weg sein kann. Insbesondere ist es nicht Aufgabe der Politik, quasi behördlich festzulegen, welche Sprache die richtige ist. Was beschlossen wurde, führt zu einer Verarmung der Sprache und zu Unklarheiten. Bei den Lehrkräften ist die Verunsicherung gross.

**Nach Ihrem Vorgänger Werner Lüthi sind sie bereits der zweite Grossratspräsident aus dem Vorstand des Verbandes bernischer Musikschulen. Was bedeutet Ihnen die Musik?**

Ich finde, dass die Beschäftigung mit Musik, genauso wie mit darstellender Kunst, sehr wichtig ist für die Entwicklung des Menschen. Es ist für das tägliche Wohlbefinden entscheidend, dass auch die emotionalen Seiten gepflegt werden und man

**«Der Kanton profitiert von der wirtschaftlichen Potenz des Grossraums Bern»**

sich nicht alleine auf rationale Tätigkeiten konzentriert. Ohne die Musik verarmt die Gesellschaft – eine Tendenz, welche für das Zusammenleben schädlich ist und die Entwicklung des Menschen ungünstig beeinflusst.

**Ihr Votum als Fraktionssprecher der FDP hat wesentlich dazu beigetragen, dass im zweisprachigen Kanton Bern zuerst Französisch und erst nachher Englisch unterrichtet wird. Wieso dieser Einsatz?**

Ich bin froh, dass der Entscheid so ausgefallen ist. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass wir noch mehr tun müssen, um die beiden Sprachregionen einander näherzubringen. Ich war als Vizepräsident des Grossen Rates schon zweimal im Berner Jura unterwegs. Und als Präsident will ich zeigen, dass die Region für uns wichtig ist. Das muss auch in der Schule beginnen. Ich finde es schade, wenn die Kontakte und der Zusammenhalt vernachlässigt werden.

**Stadtberner Medien betonen immer wieder die angeblich so hohen Kosten der Zweisprachigkeit. Sie nicht?**

Wir haben auch andere Gegenden, die so genannte Kostenfaktoren sind. Gerade an der Ausstellung Medisiums in Moutier habe ich gesehen, was da an Innovationsgeist vorhanden ist. Ich bin absolut überzeugt, dass wir zu dieser Region schauen und ihre Bestrebungen fördern müssen.

**Trotz der Koordination unter den Kantonen: Wer als Berner in den Aargau umzieht, bekommt noch immer massive Probleme, weil dort Frühenglisch unterrichtet wird.**

Die Politik ist das Spiegelbild der Bevölkerung. Je weiter weg von der Sprachgrenze, desto kleiner ist das Verständnis für die andere Sprache und desto geringer ist die Bereitschaft, die Sprache zu lernen. Die Politik ist da nur das Sprachrohr der Bevölkerung – und vermutlich auch der Lehrerschaft. Diese Haltung verkennt die kulturelle und sprachliche Vielfalt dieses Landes. Und damit sind wir bei der hoch brisanten Frage, ob fünf Kantone – Westschweiz, Tessin und drei deutschschweizer Kantone – nicht ausreichen würden...

**Was bedeuten Ihnen persönlich denn das Seeland, der Bielersee und der Übergang zum Berner Jura?**

Es ist ein Schmelztiegel. Die Gegend am Bielersee bedeutet für mich eine zweite Heimat und ist für mich persönlich Erholungslandschaft – wobei ich natürlich weiss, dass die Rebbaupharbeiter und der Natur ausgeliefert sind mit ihrem einzigen Produkt, das sie zu hervorragender Qualität entwickelt haben.